

Bürgervorschläge für politische Prioritäten der EU nach den Wahlen zum Europäischen Parlament

Co-funded by the European Union

Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die der Autoren und spiegeln nicht notwendigerweise die der Europäischen Union oder der Europäischen Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die Bewilligungsbehörde können für diese verantwortlich gemacht werden.

20. JANUAR **2025**

Verfasst von:
Plattform Christdemokratie, Österreich,
im Rahmen des EU-finanzierten Projektes
DECIDE

PLATTFORM CHRISTDEMOKRATIE

PROJEKTÜBERSICHT

Das DECIDE-Projekt (Democratic Engagement through Critical Information Discernment and Education) ist eine EU-finanzierte Initiative im Rahmen von CERV-2023-CITIZENS-CIV. Unter der Leitung der Organisation „Im Namen der Familie“ (Kroatien) und mit Partnern aus Österreich, Litauen und Kroatien läuft das Projekt von Juni 2024 bis Mai 2026. Eines seiner Hauptziele ist es, einen aktiven Dialog zwischen EU-Bürgern und Entscheidungsträgern über die politischen Prioritäten nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 zu fördern.

PROJEKT PARTNER

Projektleitung: Udruga u Ime Obitelji (Kroatien)
Partner: Plattform Christdemokratie (Österreich)
Ateitininkų Federacija (Litauen)
Svjetski Savez Mladih Jugoistočna Europa (Kroatien)

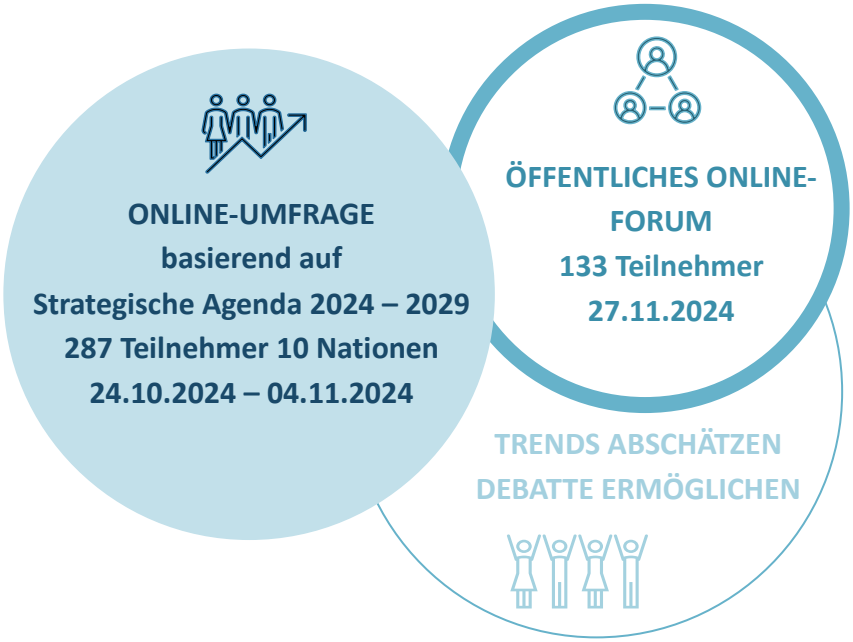
METHODIK

Das Projektteam stützte sich bei seinen Untersuchungen auf die „Strategische Agenda 2024-2029“, die von der Europäischen Kommission im Juni 2024 angenommen wurde und sich auf drei Hauptpfeiler konzentriert:

- Ein freies und demokratisches Europa
- Ein starkes und sicheres Europa
- Ein wohlhabendes und wettbewerbsfähiges Europa

Um Erkenntnisse zu gewinnen, wurde im Rahmen des Projekts ein vielschichtiger Ansatz verfolgt:

- Online-Umfrage: 287 Teilnehmer aus 10 Nationen (Oktober-November 2024)
- Öffentliches Online-Forum: 133 Teilnehmer (27. November 2024)



Auf der Grundlage der Ergebnisse der Umfrage, der Forumsdiskussionen und des Feedbacks der DECIDE-Plattform wurde dieses Weißbuch als umfassende Reflexion des bürgerschaftlichen Engagements in der EU-Politikgestaltung entwickelt.

Dieses Dokument gliedert sich in mehrere Abschnitte, die jeweils einen grundlegenden Aspekt der strategischen Prioritäten der Europäischen Union behandeln. Der erste Abschnitt „Für ein freies und demokratisches Europa“ befasst sich mit den Werten der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit und gibt Empfehlungen zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und der Regierungsführung. Der folgende Abschnitt „Eintreten für Demokratie und Meinungsfreiheit“ untersucht die wachsenden Herausforderungen, die sich aus Fehlinformationen, politischer Polarisierung und Meinungsfreiheit ergeben, und schlägt Lösungen zur Aufrechterhaltung des demokratischen Diskurses vor. Der nächste Abschnitt, „Für ein starkes und sicheres Europa“, bewertet äußere und innere Sicherheitsbedrohungen, einschließlich geopolitischer Konflikte, Migrationspolitik und die Rolle der EU für die globale Stabilität. Der letzte Abschnitt „Für ein wohlhabendes und wettbewerbsfähiges Europa“ befasst sich mit Wirtschaftspolitik, Innovation und den Strategien, die erforderlich sind, um eine florierende und eigenständige europäische Wirtschaft zu gewährleisten.

Das Weißbuch fasst die Perspektiven der Bürger zu den politischen Prioritäten für die Zeit nach 2024 zusammen, zeigt die wichtigsten Herausforderungen für die Politikgestaltung auf und enthält umsetzbare Empfehlungen für Entscheidungsträger. Es wird an die neu gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) weitergegeben, um sicherzustellen, dass die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf die legislativen und strategischen Prozesse in der EU haben.

WICHTIGSTE FESTSTELLUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

1. FÜR EIN FREIES UND DEMOKRATISCHES EUROPA

Die meisten von uns würden schnell zustimmen, dass die Aufrechterhaltung der europäischen Werte innerhalb der Europäischen Union für ein freies und demokratisches Europa unerlässlich ist. Wir sind uns in der Regel einig, dass Werte wie Menschenwürde, Menschenrechte oder Freiheit und Demokratie geschützt werden müssen. Wir alle möchten vielleicht die Demokratie fördern und die Rechtsstaatlichkeit schützen, aber was sind die richtigen Mittel, um dies zu tun?

Die Umfrageteilnehmer betonten, dass sich die EU-Politik vor allem auf Werte wie den RESPEKT VOR DER MENSCHENWÜRDE und den EINSATZ FÜR DEMOKRATIE UND AUSDRUCKSFREIHEIT konzentrieren sollte.

Viele der Teilnehmer der Online-Umfrage des Projekts DECIDE (92 von 287) sprachen sich nachdrücklich für den Grundsatz der Menschenwürde aus, den sie als Schutz des Lebens in allen Phasen, von der Empfängnis bis zum Tod, definieren. Neben einem Rechtsrahmen, der den Schutz des menschlichen Lebens in allen Phasen gewährleistet, sprechen sie sich nachdrücklich für eine stärkere finanzielle und erzieherische Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden aus. Viele von ihnen betrachten gesunde Familienstrukturen als wichtigstes Gut, um künftige Generationen von Europäern heranzuziehen, die in der Lage sind, ein freies und demokratisches Europa zu sichern und weiter zu verbessern. Die folgenden Empfehlungen sind das Ergebnis unserer Online-Umfrage und sind nach der Priorisierung der Teilnehmer aufgelistet.

Die Empfehlungen zur „Achtung der Menschenwürde“ beinhalten:

- Wertschätzung und **Schutz des Lebens** von der Empfängnis bis zum Tod
- Unterstützung von **Familien, Alleinerziehenden** und **Kindern** in finanzieller Hinsicht und durch Bildungsinitiativen
- Bei der Gestaltung der EU-Politik auf **christliche Werte / europäische Traditionen** aufbauen
- Die **soziale Gerechtigkeit** in der EU-Gesellschaft stärken
- **Unterschiedliche politische Meinungen friedlich** und ohne Gewalt **respektieren**

Im Bereich des „Eintretens für Demokratie und Meinungsfreiheit“ stehen wir als Europäer vor einigen Dilemmas. Wir leben in einer digitalisierten Welt, in der sich Fehlinformationen und Desinformationen zu ernsthaften potenziellen Bedrohungen entwickeln, so dass es immer schwieriger wird, zuverlässige Quellen zu erkennen und versteckte Absichten hinter bestimmten Kommunikationstechniken zu identifizieren. Doch was sind die richtigen Mittel, um dem zu begegnen? Paul Coleman, einer der Hauptredner des öffentlichen DECIDE Online-Forums, wies darauf hin, dass die Rolle, die Institutionen wie die EU bei der Regulierung dieses Bereichs spielen sollten, sorgfältig überprüft werden muss. Er bot eine kritische Perspektive auf die zunehmende Regulierung von Sprache durch Anti-Desinformationsgesetze. Er verfolgte, wie immer mehr Länder und Institutionen solche Gesetze einführten, um Fehlinformationen unter Strafe zu stellen. Coleman stellte diese Maßnahmen jedoch in Frage. Zum einen gibt es unklare Definitionen von Desinformation, zum anderen stellt sich die Frage der Autorität: Wer entscheidet, was wahr oder falsch ist?

Hauptredner beim öffentlichen Online-Forum
Lukas Mandl, Mitglied des Europäischen Parlaments
Johannes Moravitz, COMECE Politikberater für Ökologie, Energie und Landwirtschaft
Paul Coleman, Geschäftsführender Direktor von ADF International

Viele der Teilnehmer an der Online-Umfrage (74 von 287) äußerten sich besorgt darüber, dass die Religionsfreiheit und die Freiheit zur Äußerung von Ansichten, die nicht dem Mainstream entsprechen, zunehmend unter Druck geraten. Viele von ihnen sprechen sich auch für eine stärkere Fokussierung auf Medientrainings, Medienkompetenz und die Förderung einer gesunden, toleranten Debattenkultur aus.

Johannes Moravitz, einer der Hauptredner des öffentlichen Online-Forums, machte die Zuhörer auf einige der ethischen Herausforderungen in unserer modernen, digitalisierten Welt aufmerksam und warnte vor zunehmender Einsamkeit, psychischen Problemen und der Erosion sozialer Bindungen. Moravitz rief zu einem ausgewogenen Umgang mit der Technologie auf, wobei christliche Werte als Leitprinzip gelten sollten. Ethische und ökologische Themen müssen in das digitale Zeitalter integriert werden.

Die Empfehlungen zum Recht auf freie Meinungsäußerung beinhalten:

- Förderung und Schutz der **Meinungsfreiheit**, der **Redefreiheit** und der **Religionsfreiheit**
- Sicherstellung neutraler, freier und **unabhängiger Medien** & Fokus auf **Medienkompetenz**, **Toleranz, Debattenkultur**, **Aufdeckung von Fake News**
- **Radikalen Positionen** (links oder rechts) **entgegenwirken** und die Verzerrung von Entscheidungen durch laute oder mächtige elitäre Minderheiten verhindern
- **Umgang mit Bedrohungen für die Demokratie**, z. B. politische Bedrohungen von außen oder aus dem Internet, politischer Islam

2. FÜR EIN STARKES UND SICHERES EUROPA

Der aggressive Krieg Russlands gegen die Ukraine hat auf schmerzliche Weise deutlich gemacht, wie fragil Frieden und Sicherheit in Europa sein können. Nach Ansicht vieler Teilnehmer der Online-Umfrage hat die EU in diesem Zusammenhang kein ausreichend einheitliches Konzept für die Bewältigung von Fragen der äußeren Sicherheit vorgelegt. Aber auch außerhalb des Russland-Ukraine-Konflikts sehen viele Teilnehmer große Lücken in der Sicherheitsstrategie der EU.

Die Umfrageteilnehmer betonten, dass sich die EU-Politik auf eine UMFASSENDE ZUSAMMENARBEIT zwischen den EU-Ländern im Bereich der MIGRATION und des GRENZSCHUTZES konzentrieren sollte.

Während die meisten von ihnen darin übereinstimmten, dass ein gewisses Maß an Migration positiv zu bewerten ist, um z.B. Talente anzuziehen oder den Bedarf an Arbeitskräften in verschiedenen Bereichen zu decken, wurden das hohe Ausmaß der Migration sowie die mangelnde Zusammenarbeit innerhalb der EU bei der Steuerung der Migration stark kritisiert.

Einige Teilnehmer sprachen sich dafür aus, die Zuwanderung in die EU zu begrenzen oder ganz zu stoppen, während andere betonten, dass die illegale Migration und der Menschenhandel energischer und besser koordiniert bekämpft werden müssten.

Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt war die wahrgenommene Unzulänglichkeit der Integrationsbemühungen, wobei die Sorge bestand, dass die Sicherheit durch den wachsenden Einfluss des politischen Islam in Europa zunehmend bedroht ist.

Die Empfehlungen für ein starkes und sicheres Europa beinhalteten:

- **Beendigung** oder **Begrenzung** der (illegalen) **Einwanderung**, Einführung eines **stärkeren Grenzschutzes**
- Verstärkte **Integrationsbemühungen** & Sicherstellung der **Einhaltung von Gesetzen**, ansonsten strenge Konsequenzen (insbesondere: Auseinandersetzung mit dem politischen Islam)
- Entwicklung eines **einheitlichen EU-Konzepts** zur Organisation der Migration und des Grenzschutzes
- **Aktive Steuerung** der Migration (Berücksichtigung der von uns benötigten Qualifikationen) und **Unterstützung der Herkunftsländer** zur Vermeidung von Migration
- **Gerechte Verteilung** der Migranten auf die Länder oder innerhalb der Länder (Stadt vs. ländliche Gebiete)

Lukas Mandl betonte beim Online Public Forum, dass die EU in der Tat mehr Stärke nach außen und mehr Freiheit nach innen gewinnen müsse. Nur eine EU mit starker strategischer Eigenständigkeit ist seiner Meinung nach erfolgreich. Er erwähnte, dass die EU nun zum ersten Mal einen eigenen „Verteidigungskommissar“ hat. Die EU muss besser in der Lage sein, auf ein aggressives Putin-Russland zu reagieren und gleichzeitig offen zu bleiben für einen Dialog mit einem zukünftigen „anderen“ Russland, das hoffentlich nach dem derzeitigen Regime kommen wird. Das Publikum des Öffentlichen Online-Forums war nicht unbedingt mit der aktuellen EU-Strategie einverstanden. Einige Teilnehmer warnten auch davor, Öl ins Feuer zu gießen und sprachen sich eher für eine Deeskalation des Krieges und stärkere diplomatische Bemühungen zur Beendigung der Krise aus.

3. FÜR EIN WOHLHABENDES UND WETTBEWERBSFÄHIGES EUROPA

Die Wettbewerbsposition der Europäischen Union als Teil eines globalisierten Wirtschaftssystems wird sicherlich von Nationen wie China, aber auch den USA, Russland und vielen anderen stark in Frage gestellt. Das Engagement der EU für Qualität, hohe ökologische Standards und faire Löhne ist zwar lobenswert, birgt aber auch Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit. Wie können wir sicherstellen, dass wir eine wohlhabende europäische Region an die nächste Generation weitergeben?

Die Umfrageteilnehmer betonten, dass sich die EU-Politik auf INNOVATIONS- UND UNTERNEHMENSFREUNDLICHES UMFELD konzentrieren sollte.

Im Rahmen des Projekts DECIDE nannten die Teilnehmer der Online-Umfrage wichtige Bereiche, in denen ein innovations- und unternehmensfreundlicheres Umfeld gefördert werden könnte. Viele sprachen sich für Deregulierung, Bürokratieabbau und die Lösung von Problemen auf der Ebene der Subsidiarität aus. Auch die Senkung der Lohnsteuer und die Gewährleistung erschwinglicher Energie wurde von vielen als entscheidender Faktor für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer europäischen Unternehmen angesehen.

Die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit erfordert jedoch auch einen Kulturwandel. Die EU-Politik sollte aktiv eine leistungs- und erfolgsorientierte Einstellung fördern und den Rahmen dafür schaffen und gleichzeitig kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gezielt unterstützen.

Die Empfehlungen für ein wohlhabendes und wettbewerbsfähiges Europa beinhalteten:

- Förderung von **Innovation** und **Unternehmergeist**, **Stärkung der KMU**
- Bürokratie abbauen, **Deregulierung** und mehr Subsidiarität umsetzen
- Entwicklung einer intelligenten Energiepolitik, Gewährleistung **erschwinglicher Energie** und **Senkung der Steuern**, insbesondere bei den Lohnkosten
- Förderung von **Bildung, Qualifizierung** und **lebenslangem Lernen**
- Förderung einer **leistungs- und erfolgsorientierten Kultur**, Fokussierung auf **geschäftliche Integrität** und **Förderung von Talenten**

MdEP Lukas Mandl bestätigte während des öffentlichen Forums, dass es im Europäischen Parlament derzeit starke Bestrebungen gibt, die „Wettbewerbsfähigkeit“ zu einer Hauptpriorität im nächsten institutionellen Zyklus innerhalb der EU zu machen. Er stimmte zu, dass Europa die Abhängigkeiten von Ländern wie China reduzieren und in Sicherheitsfragen unabhängiger werden müsse, um die Abhängigkeit von den USA und anderen Teilen der Welt zu verringern.

Die EU wird daher ihre eigenen Innovationskapazitäten stärken und mehr qualifizierte Arbeitskräfte und Experten von außerhalb anwerben müssen. Das bedeutet, dass wir uns viel stärker auf lebenslanges Lernen konzentrieren und unsere Fähigkeiten als Europäer an eine sich verändernde Welt anpassen müssen. Daher sollte sich die EU-Politik auf geeignete Bildungsprogramme sowie auf die Bereitstellung unterstützender Rahmenbedingungen für Familien und die junge Generation konzentrieren, damit diese sich entfalten und ihre Talente entwickeln können. Eine solche europäische Qualifikationsinitiative sollte Schulungsprogramme für digitale Fähigkeiten sowie Partnerschaften zwischen Industrie und Bildung und Förderprogramme für KMU umfassen.